

NACHRICHTEN

Atomtests in
Russland
durchgeführt

MOSKAU: Russland hat auf dem arktischen Archipel Nowaja Semlja eine Reihe von subkritischen Tests seines Atomwaffenarsenals durchgeführt, wie das Moskauer Atomenergieministerium am Freitag mitteilte. Die in dieser Woche abgeschlossenen Versuche seien erfolgreich verlaufen, die Strahlungswerte in der Region seien normal, erklärte Ministeriumssprecher Juri Bepalko. Es handelte sich um die fünfte und letzte derartige Testreihe in diesem Jahr. Subkritische Tests, bei denen keine atomare Explosion ausgelöst wird, sind nach dem umfassenden Abkommen zum Verbot aller Atomwaffenversuche (CTBT) nicht verboten. Russland hat den Vertrag im Mai ratifiziert. Den letzten regulären Atomtest führte Russland im Oktober 1990 durch.

Müntefering
spricht mit Jiang

PEKING: Der chinesische Präsident Jiang Zemin hat SPD-Generalsekretär Franz Müntefering am Freitag engere Beziehungen der KP zu den deutschen Sozialdemokraten angeboten. Bei einem Treffen mit Müntefering in Peking rief Jiang auch zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen China und Deutschland auf. Die EU forderte er auf, eine aktivere internationale Rolle zu übernehmen. Die Kommunistische Partei schätze die «freundschaftliche Zusammenarbeit» mit der SPD, zitierte die amtliche Nachrichtenagentur Xinhua Jiang, der zugleich Vorsitzender der KP ist.

ETA-Terror: Pro-
testkundgebung
vor UNO in Genf

GENF: Rund 300 Personen haben am Freitag vor der UNO in Genf gegen die jüngste ETA-Terrorwelle in Spanien protestiert. Bei den meisten Kundgebungsteilnehmern handelte es sich um spanische Mitarbeiter internationaler Organisationen. Mit einem dreiminütigen Schweigen wurde den Opfer der Terrorwelle der baskischen Separatistenorganisation gedacht. Seit dem Bruch des Waffenstillstandes vor einem Jahr wurden bei ETA-Attentaten insgesamt 19 Menschen getötet. Allein in dieser Woche kamen drei Personen bei Attentaten in Madrid und Barcelona ums Leben.

Stoiber demon-
striert mit gegen
Rassismus

MÜNCHEN: Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber nimmt an der Berliner Grosskundgebung gegen Rassismus am 9. November teil. Der CSU-Chef hatte bei einem Telefonat mit dem Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde Berlins, Andreas Nachama, seine Teilnahme zugesagt, wie am Freitag bekannt wurde. Der Veranstalter der Kundgebung hatte sich bereits zuvor dafür entschuldigt, dass er die Einladung der CSU vergessen habe.

Papst kritisiert Legalisierung der
Abtreibung in Europa

Feier zum 50. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention in Rom

ROM: Zum Auftakt der Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Europäischen Menschenrechtskonvention in Rom hat Papst Johannes Paul II. die Legalisierung der Abtreibung in Europa kritisiert.

Der Papst erklärte am Freitag, es sei paradox, dass der Schutz der Menschenrechte immer wieder bestätigt werde, während das wichtigste Recht, das Recht auf Leben, verweigert werde. Er sprach vor 50 Delegationen, die zur Feier des Jahrestags der Menschenrechtskonvention zu einer Konferenz nach Rom gekommen waren.

Der Papst verwies darauf, dass die Todesstrafe in fast allen Mitgliedsstaaten verboten sei. Er hoffe, dass auch das unschuldige Leben im Mutterleib geschützt werde. Der Papst empfing unter anderen den Generalsekretär des Europarats, Walter Schwimmer, und den Gastgeber der zweitägigen Konferenz, den italienischen Aussenminister Lamberto Dini, zu einer Audienz. Dini hatte zuvor die Abschaffung der Todesstrafe und den Schutz der Einwanderer vor Rassismus als wichtigste Prioritäten der Menschenrechtskommission bezeichnet. «Wir haben noch einen weiten Weg vor uns. Wir sehen jeden Tag schwere Verletzungen der Menschenrechte», sagte er in seiner Eröffnungsrede. Zu der Konferenz erschienen Minister der 41



Bundesrätin Ruth Metzler machte darauf aufmerksam, dass nicht alle Beschwerden zugelassen werden sollen.

Mitgliedsstaaten des Europarats und Vertreter von Beobachterstaaten. Die am 4. No-

Bundesrepublik unterzeichnete «Europäische Menschenrechtskonvention» (EMRK) verpflichtet zur Einhaltung der Menschenrechte in dieser Staatengemeinschaft. Das Dokument basierte auf der Erklärung der Vereinten Nationen vom Dezember 1948. Heute gilt die Konvention für rund 800 Millionen Menschen in 41 Staaten des Europarates.

Amnesty sieht Erfolg der
Konvention

Die Generalsekretärin der Menschenrechtsorganisation Amnesty International, Barbara Lochbihler, erklärte am Freitag, die Menschenrechtskonvention habe den Grundstein von Menschenrechtssystemen des Europarats gelegt. Die Konvention sei ein wirkungsvolles Instrument zur Durchsetzung der Menschenrechte und zweifellos ein Erfolg. Amnesty International wolle das Jubiläum nutzen, um zu prüfen, welche Menschenrechtsverletzungen es in Europa noch gebe. Lochbihler verwies auf Übergriffe von Polizisten auf ethnische Minderheiten, die es in vielen Ländern gebe. Sie forderte die Regierungen auf, die Auflagen der Menschenrechtskonvention umzusetzen.

Ruth Metzler: Nicht alle
Beschwerden zulassen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte ist aufgrund der massiven Zunahme an Beschwerden überlastet. Bundesrätin Ruth Metzler stellt deshalb in Frage, ob der Weg an den Gerichtshof weiterhin

allen Beschwerden offen stehen soll. Die Justizministerin betonte anlässlich des 50. Jubiläums der Europäischen Menschenrechtskonvention am Freitag in Rom, dass die EMRK auf europäischer Ebene den Rechtsstaat entscheidend gestärkt und ausgebaut habe. Sie sprach von einer Erfolgsgeschichte. «Die Arbeitslast des Gerichtshofs ist in den letzten sieben Jahren um 500 Prozent gestiegen. Realistischerweise müssen wir aber davon ausgehen, dass sie weiter steigen wird», sagte Metzler an der Ministerkonferenz. Die Forderung nach zusätzlichen finanziellen und personellen Mitteln sei zwar berechtigt, es entschärfe das Problem langfristig aber nicht wesentlich, sagte sie laut einer Mitteilung des Eidg. Justiz- und Polizeidepartements (EJPD). Bei der Suche nach dauerhaften Lösungen dürfe deshalb auch eine Reform der Konvention nicht ausgespart bleiben. Metzler warf die Frage auf, ob der Weg an den Gerichtshof in Strassburg weiterhin allen Beschwerden offen stehen solle - insbesondere jenen, die für die Schaffung eines europäischen «ordre public» nicht wirklich von Bedeutung gewesen seien. Die Reformbemühungen dürften aber nicht nur beim Verfahren vor dem Gerichtshof ansetzen. Dauerhafte Abhilfe setze vielmehr voraus, dass die Mitgliedsstaaten die EMRK-Normen in ihrem Land umsetzen. Das gelte für die nationale Gesetzgebung ebenso wie für die Rechtsprechung.

USA-Wahlen - Familienkämpfe

Gedanken von Alphons Matt zu den anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA

Wenige Tage vor den auf nächsten Dienstag anberaumten Wahlen der Vereinigten Staaten von Amerika ist das Rennen immer noch offen. Die Schwankungen der Resultate der letzten Wochen waren stets so gering, dass sie keine konkreten Aussichten erwarten liessen. Eines aber scheint sicher zu sein: Es geht um den Machtkampf zwischen zwei Familien.

Alphons Matt

Vom Kandidaten der Republikaner George W. Bush weiss man natürlich, dass schon sein Vater Staatspräsident war, und zwar für eine einzige Periode, nämlich von 1989 bis 1993, als er von Bill Clinton abgelöst wurde. Übrigens ist sein anderer Sohn «Jeb», also der Bruder des jetzigen Kandidaten, Gouverneur von Florida. Wie sein Vater hat sich auch Kandidat George W. Bush in Texas profiliert, manchmal mit Erfolg, oft aber mit Misserfolg. Immerhin hat er sich selbst zum «Konservativen» gestempelt, der sich aber sehr um die Erziehung und die Probleme der Minderheiten gekümmert hat. Ob das bei den anstehenden Wahlen zum Erfolg oder zum Misserfolg beiträgt, wird sich weisen. Jedenfalls hat er für seinen Wahlkampf von Sponsoren mindestens 70 Millionen Dollar erhal-

ten. Auch die politische Karriere seines Gegenspielers, des gegenwärtigen Vizepräsidenten Al Gore, ist «erblich belastet». Er ist einziger Sohn von Albert Gore, dem Senator von Tennessee, den man gerne den «Fürsten von Tennessee» nennt. Dieser hat seinen Nachkommen von Anfang an politisch gefördert: Schon als dieser nur sechs Jahre alt war, hat der Vater die Presse auf die «politischen

Fähigkeiten» des Buben aufmerksam gemacht. Albert Gore Senior war übrigens einer der wenigen Senatoren, die sich vehement gegen den Vietnamkrieg ausgesprochen hatten, in den die USA 1964 militärisch eingriffen. Da das ihm aber für die 1970 anstehenden Neuwahlen hätte hinderlich werden können, «opferte» sich der Sohn und ging als Freiwilliger nach Vietnam. 1969 hatten dann die

USA mit dem Abzug der Truppen begonnen. Ein Jahr später wurde Albert Gore trotzdem nicht wiedergewählt und erst 1973 wurde der Vietnamkrieg durch einen Waffenstillstand beendet. Albert Gore zog sich aus der Politik zurück, doch sein Sohn, der gegenwärtige Präsidentschaftskandidat, stieg nach einem Theologiestudium 1976 seinerseits in die Politik ein. Im gegenwärtigen Wahl-

kampf wird auch er von gewichtigen Wirtschaftsbossen unterstützt. Wer von den beiden, Al Gore oder George W. Bush, den Sieg davontragen wird, ist zur Stunde höchst ungewiss. Vermutlich werden beide Kandidaten in das Wort einstimmen, das einst Bundeskanzler Helmut Kohl ausgesprochen hatte: «Die anderen gewinnen in den Voraussagen, ich aber gewinne die Wahlen.»



Präsidentschaftskandidat George W. Bush: In den Jugendjahren einen über den Durst getrunken. Kostet ihm dies heute die Präsidentschaft? Nächsten Mittwoch weiss man mehr. (Bild: Keystone)

Lasterhafter
Bush

CHICAGO: Der republikanische US-Präsidentschaftskandidat George W. Bush ist vor 24 Jahren betrunken am Steuer erwischt worden. Sein Führerschein wurde ihm für zwei Jahre entzogen, wie seine Sprecherin bestätigte. Bush habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass er in der Vergangenheit Fehler gemacht habe, sagte sie.

Dass der Vorfall von 1976 wenige Tage vor der Wahl herauskam, finde sie allerdings fragwürdig. Die Geschichte war gestern von einem Internet-Klatschkolumnisten publik gemacht worden. Im Rennen um das Weisse Haus liegt Bush knapp vor dem demokratischen Vizepräsidenten Al Gore.